

Auseinandersetzung unterstützen

Analyse der Corona-Proteste und Empfehlungen für Politik und Verwaltung

Policy Paper des

Bundesverbands Mobile Beratung

12/2020

Zusammenfassung

Herausbildung einer Protestbewegung mit Widerstandsrhetorik und Gewaltpotential

Die Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben sich seit dem Frühjahr verschärft: es hat sich eine auf strukturell antisemitische Verschwörungsmythen beziehende Sammlungsbewegung entwickelt, die mit zunehmender Widerstandsrhetorik und Selbstermächtigungsvorstellungen auf der Straße und mit der AfD auch in den Parlamenten präsent ist. Teile der Bewegung weisen ein hohes und steigendes Gewaltpotential auf.

Fokus auf inhaltliche und ideologische Klammern statt auf Nachweis von „Extremismus“

Bei der weiteren Beschäftigung ist es wichtig, nicht allein auf die Teilnahme einzelner Neonazis oder Verbindungen von Vertreter*innen des „Querdenken“-Spektrums mit extrem rechten Akteur*innen zu blicken. Die Einordnung in die sicherheitsbehördlichen Extremismusbegriffe ist für die gesellschafts-politische Auseinandersetzung nicht zielführend. Vielmehr sollten die inhaltlichen Verbindungen zwischen den sehr unterschiedlichen Spektren und die ideologischen Allianzen in den Fokus rücken – nur so wird eine langfristige Auseinandersetzung mit den bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft anknüpfungsfähigen Deutungen der Krise möglich sein. Diese sind aktuell vor allem anti-demokratisch, tendenziell antisemitisch und schließen nahtlos an extrem rechte Erzählungen an.

Rote Linien ziehen, demokratische Debatte führen, Betroffene und Engagierte professionell unterstützen

Die aktuellen Proteste müssen ernst genommen werden – allerdings vor allem als Bedrohung für das demokratische Zusammenleben und eine konstruktive Debatte. Zudem sehen sich Verantwortliche in der Kommunalverwaltung, Bürgermeister*innen, Engagierte, von Rassismus und Antisemitismus Betroffene, Journalist*innen und andere, die sich exponiert äußern, Drohungen und Angriffen ausgesetzt.

Verantwortungsträger*innen und öffentliche Verwaltung sollten daher deutlich Position beziehen und all jene unterstützen, die sich vor Ort auch in sehr schwierigen Zeiten für Fakten, Dialog und Demokratie einsetzen. Dazu gehört auch eine Stärkung der Strukturen, die durch Beratung und Expertise diese Menschen und Organisationen professionell begleiten und stützen.

Auseinandersetzung unterstützen

Analyse der Corona-Proteste und Empfehlungen für Politik und Verwaltung

Die aus dem „Querdenken“-Spektrum organisierten Kundgebungen in Leipzig am 7. November und Berlin am 18. November 2020 markieren einen Wendepunkt in der öffentlichen Diskussion über die Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Maßgeblich dafür waren vor allem die Bilder von gemeinsam und teils aggressiv demonstrierenden, aber augenscheinlich ganz unterschiedlichen Milieus, die geschichtsklitternde und durch Verschwörungsmysen aufgeladene Rhetorik und die Verknüpfung des Protests auf der Straße mit der Präsenz der AfD und von ihr eingeladenen Störer*innen im Parlament.

Neben systematischen Verstößen gegen die Maßnahmen zur Pandemieeindämmung standen zuerst vor allem eine „Unterwanderung“ oder „Beeinflussung des Protestgeschehens“ durch

„Verstörendes Miteinander“: Querdenken, Hooligans und Neonazis

Seit April 2020 hat sich eine neue, verschwörungsideologische Sammlungsbewegung etabliert, die ganz unterschiedliche Milieus auch weit jenseits klassischer extrem rechter Spektren mobilisiert. Bundesweit protestieren und vernetzen sich Impfgegner*innen, Anhänger*innen von Esoterik und Anthroposophie, Trump-Fans und Verschwörungsgläubige, Teile eines habituell linken Bürgertums, AfD-Sympathisant*innen und -vertreter*innen, Neonazis, Reichsbürger und Aktivist*innen rassistischer Mobilisierungen der letzten Jahre von PEGIDA über „Nein zum Heim“ bis zu „Eltern gegen Gewalt“. Diese übergreifende Mobilisierung beschränkt sich nicht allein auf symbolisch wichtige Orte wie Berlin, Leipzig oder Stuttgart, sondern ist im ganzen Bundesgebiet zu beobachten – von größeren Demos etwa in den Landeshauptstädten bis hin zu kleineren Aktionen und Vernetzung v.a. über Telegram-Gruppen bis in kleine Ortschaften im ländlichen Raum.

Diese neue Vernetzungsstruktur verfügt über ein modernes und kreatives Mobilisierungspotenzial: von extrem rechts dominierten Menschenketten an der B96 in Sachsen über Flashmobs in Einkaufszentren und ÖPNV mit Nötigung von MNS-

Neonazis sowie die fehlende Distanzierung der restlichen Teilnehmenden im Fokus der Debatte. Aktuell werden nun zunehmend die breitere Verankerung antisemitisch konnotierter Verschwörungsmysen und die extrem rechten Bezüge und Vernetzungen der Querdenken-Gruppen thematisiert – bis hin zu Ankündigungen, diese von Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

Aus der Perspektive der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) und des Bundesverbands Mobile Beratung e.V. (BMB) – auf Basis einer fortlaufenden Beobachtung und Auswertung der Proteste in ganz Deutschland und der Erfahrung aus der Beratungspraxis – ergeben sich aber weitere Herausforderungen und notwendige Aufgaben, die im Folgenden zunächst beschrieben und dann mit Empfehlungen untersetzt werden.

Träger*innen, Aggressionen gegenüber Presse, Polizei und Gegenprotesten am Rande der Querdenken-Demos, Bustouren in sämtliche Bundesländer bis hin zur medialen Verwertung eigener Aktivitäten in sozialen Netzwerken und eigenen bzw. extrem rechten Medienkanälen.

Gab es zunächst noch Widerstand gegen offen extrem rechte Positionen und Erzählungen, werden diese nun im Rahmen der Vernetzung und Proteste immer breiter rezipiert und offen ausgesprochen. Dies wird auf der Handlungsebene sichtbar an strategischen Allianzen und offenen Einladungen aus den Querdenken-Gruppen an rechte Hooligans und andere extrem rechte Spektren. Dieses Ineinandergreifen unterschiedlicher Milieus machte die Durchsetzung geplanter Symbolhandlungen wie der Kundgebung vor der russischen Botschaft und den inszenierten „Sturm auf den Reichstag“ am 29. August, den durch die massive Präsenz von Hooligans und Neonazis gewaltvoll erzwungenen „Spaziergang“ über den Leipziger Innenstadtring am 7. November oder die Bilder protestierender Massen vor dem Brandenburger Tor am 18. November in Berlin erst möglich.

Die hier beschriebene, sich immer gewalttätiger und nach rechts entwickelnde, Protestbewegung zeigt eine stabile Mobilisierungsbasis und Aktionsfähigkeit. Sie ist aufgrund vieler dezentraler Organisations- und Akteursgruppen bundesweit relevant. Aufgrund eines überdurchschnittlichen

Anteils von Akademiker*innen und Selbständigen kann die Bewegung auf eine stabile Ausstattung mit Finanzmitteln, Eventtechnik, Reisebusnetzwerken und Versammlungsanwält*innen zurückgreifen und ist somit in der Lage, auf längere Sicht aktiv zu bleiben

Gemeinsame ideologische Marker: Antisemitische Verschwörungsmythen, Widerstandserzählungen und (gewaltvolle) Selbstermächtigung

Die Klammer dieser übergreifenden Mobilisierung sind – ausgehend von der teilweisen oder kompletten Negierung der Notwendigkeit von Hygiene- und Schutzmaßnahmen nach wie vor strukturell antisemitische Verschwörungsmythen, mit denen eine aggressive Wissenschafts- und Elitenfeindlichkeit mit eigener, „alternativer“ Wirklichkeitsbildung einhergeht. Spektrenübergreifend beziehen sich die Protagonist*innen auf antisemitische Narrative wie die Idee einer Weltverschwörung, in der Regierungen und Parlamente als Marionetten nicht näher benannter, mächtiger „Strippenzieher“ erscheinen. Sie warnen vor der angeblichen Etablierung einer „New World Order“ und fragen danach, wer durch die Krise verdient. Dazu kommen eine zunehmend NS-verharmlosende Bildsprache und Rhetorik, die etwa in bei den Demonstrationen beliebten gelben Sternen mit „Ungeimpft“-Aufschrift oder der kampagnenartigen Rahmung der gesetzlichen Beschlüsse zum Infektionsschutz als Ermächtigungsgesetz ihren Ausdruck finden.

Darüber hinaus hat sich in den letzten Monaten eine sich verschärfende und zugespitzte Widerstandserzählung etabliert. Zunehmend größere Teile der Protestbewegung sehen sich in einem legitimen Widerstand gegen einen „Unrechtsstaat“ oder die „Corona-Diktatur“. Diese Vorstellungen knüpfen nahtlos an Umsturzfantasien an, die bereits im Zuge der Pegida-Bewegung und der asylfeindlichen Mobilisierungen seit 2015 verbindendes Merkmal zwischen Akteuren unterschiedlicher Spektren waren. In den ostdeutschen Bundesländern wird – in Anknüpfung an die Wahlkämpfe der AfD im vergangenen Jahr – darüber hinaus der Versuch einer Inanspruchnahme und Instrumentalisierung der Geschichte des friedlichen Protestes der DDR-Bürger*innenbewegung von 1989 deutlich.

Der Wunsch nach Herbeiführung eines revolutionären Zustands zur (gewaltvollen) Abschaffung der als illegitim empfundenen Ordnung spiegelt sich auch in der zunehmend schärferen Rhetorik wider („Vollende die Wende“;

„Aufstand“; „Sturm auf den Reichstag“; „Tag der Entscheidung“).

Damit einher geht bei Teilen der Bewegung das Gefühl einer notwendigen Selbstermächtigung und damit eine Steigerung der Bereitschaft zur bewussten Missachtung von Regeln (etwa zum Infektionsschutz oder durch Teilnahme an eigentlich verbotenen oder aufgelösten Demonstrationen) und ein deutlicher Anstieg des Droh- und tatsächlichen Gewaltpotentials. Zuletzt kam es immer häufiger im Kontext der Proteste zu Angriffen auf Gegendemonstrant*innen, Polizei und Journalist*innen. Nicht zuletzt die Warnungen des BKA hinsichtlich der Sicherheit der Impfinfrastruktur, aber auch bereits erfolgte Angriffe wie der Brandanschlag auf das Robert-Koch-Institut in der Nacht zum 25. Oktober und die Explosion vor der Leibniz-Gesellschaft in Berlin am selben Tag markieren mögliche Übergänge zu rechtsterroristischen Strukturen.

Die AfD geriert sich nach anfänglicher Suchbewegung zunehmend als parlamentarischer Arm der Proteste und wird von Querdenken auch als solcher adressiert. Das Zusammenspiel von Protesten auf der Straße sowie Widerstand und Störaktionen im Parlament und die wechselseitige Verstärkung konnte im Rahmen der Demonstrationen gegen das Infektionsschutzgesetz am 18. November in Berlin beobachtet werden. Schlussendlich haben die öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen in Leipzig und Berlin, aber auch in den Groß- und Mittelstädten anderer Bundesländer, eine bestärkende Binnenwirkung auf die Protestmilieus – und wirken vor Ort auf die Debatten, in denen vor allem Verschwörungsmythen auch weit jenseits der vernetzten Protest-Teilnehmer*innen „salonfähig“ werden. Die gewaltvoll erzeugten Symbolbilder erhalten in den algorithmusgesteuerten Echokammern sozialer Netzwerke und Messerngerdiensten ikonografische Bedeutung und verstärken das Narrativ eines revolutionären Protests sowie die Delegation staatlicher Ordnung. Der Widerstandsdiskurs verfängt so zunehmend auch bei denjenigen, die die staatlichen

Maßnahmen aus ganz unterschiedlichen Gründen für überzogen halten oder kritisieren.

Die Mobilen Beratungsteams verzeichnen aktuell einen erhöhten Beratungsbedarf und vor allem eine große Verunsicherung aufgrund der um sich greifenden Krisendeutung. Öffentlichkeitswirksame Aktionen vor Schulen bringen Schulleitungen in Handlungsdrang, Kommunalpolitiker*innen sehen sich Drohungen ausgesetzt und formulieren Angst

vor weitergehenden Angriffen, Mitarbeitende von Stadtverwaltungen sind handlungsunsicher im Angesicht von Demonstrationsanmeldungen. Die MBTs beraten und unterstützen diese und viele weitere Beratungsnehmende auch in der aktuell für die Teams schwierigen Lage. Dieses Policy Paper beruht auf der Erfahrung der MBTs aus den letzten Monaten und beruht auch auf einer ersten Analyse aus dem Mai 2020.

Empfehlungen für Politik und Verwaltung: Abgrenzung, transparente Kommunikation und Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft

Aus der Analyse des Protestgeschehens und auf der Basis der Erfahrungen aus der Beratungspraxis leiten sich für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in den Ländern und den Bundesverband Mobile Beratung e.V. folgende Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung auf den unterschiedlichen föderalen und kommunalen Ebenen ab:

Protestbewegung wird nicht verschwinden:

Die aktuelle Breite und Wirkung der Proteste und der damit verbundenen Diskurse knüpft an bestehende Vernetzungen und rassistische Mobilisierungen insbesondere nach 2015 an. Damit werden selbst bei weiterem Streit und einer möglichen Ausdifferenzierung der Protestmilieus die anknüpfungsfähigen Erzählungen und damit verbundenen antidemokratischen Haltungen nicht verschwinden.

Verbindende Inhalte benennen und kritisieren:

Die verbindenden ideologischen Marker und kulturellen Brücken zwischen extremer Rechter und anderen Akteur*innen im Corona-Protest müssen in den Fokus der Beschäftigung rücken und thematisiert werden. Hier hilft jedoch die Schablone des Extremismus nicht weiter, weil sie die Beschäftigung mit den Inhalten und Ideologemen verhindert. Es geht nicht (allein) um die Zusammensetzung der Protestbewegung, sondern um eine gesellschaftspolitische und alltagskulturelle Auseinandersetzung mit den Inhalten, v.a. mit dem stets antisemitischen Kern und der Faktenresilienz von Verschwörungsmymen sowie der milieuübergreifenden nicht-Anerkennung staatlicher Ordnung.

Strategien dekonstruieren: Der der Bewegung inhärente Antisemitismus muss immer wieder dekonstruiert werden, NS-Bezüge und Geschichtsklitterung müssen deutlich benannt werden. Dabei gilt es, bei gezielten Provokationen wie der Rahmung des Infektionsschutzgesetzes als

„Ermächtigungsgesetz“ knapp auf die dahinterstehende Strategie einzugehen, aber bestmöglich auf eine Weiterverbreitung und damit Stärkung der intendierten Erzählung zu verzichten.

Menschen schützen, Stimmen verstärken: Von der Protestbewegung bedrohte Menschen und Organisationen, darunter besonders vom Antisemitismus betroffene Jüd*innen, angegriffene Journalist*innen, bedrohte Amts- und Mandatsträger*innen sowie Engagierte, brauchen Schutz und Solidarität. Ihr Stimmen sollten in entsprechenden Formaten hörbar gemacht werden.

Engagierte professionell unterstützen:

Engagiert und Menschen, die vor Ort herausgefordert sind – Familienmitglieder, Lehrer*innen, Bürgermeister*innen, Verwaltungsmitarbeitende, zivilgesellschaftlich Engagierte,... – brauchen professionelle Unterstützung und Beratung vor Ort. Die Verunsicherung bei Beratungsnehmenden ist aktuell ebenso wie der Unterstützungsbedarf groß, die Herausforderungen von Ort zu Ort sehr unterschiedlich und dynamisch. Die bestehenden Beratungsstrukturen im Themenfeld Rechtsextremismus müssen daher gestärkt und ihre Vernetzung untereinander sowie etwa mit den Weltanschauungsbeauftragten der Kirchen und weiteren Expert*innen gefördert werden.

Medienkompetenz und Wissen stärken: Aus der Beratungsarbeit im Themenfeld Verschwörungsmymen wird nicht erst seit dem Auftreten der Corona-Proteste deutlich, dass es zu wenig Wissen über die Hintergründe von Verschwörungserzählungen gibt und die Medienkompetenz (etwa zu Unterscheidung von Nachrichten und „Fake-News“) gerade im Bildungsbereich gestärkt werden muss. Hier gilt es, die sogenannte gesellschaftliche Mitte in den Blick zu nehmen und die vorliegende

zivilgesellschaftliche Expertise und Formate politischer (Medien-)Bildung nutzbar zu machen.

Rote Linien ziehen: Die neue Protestbewegung muss als Bedrohung des demokratischen Zusammenlebens verstanden werden. Sie negiert wissenschaftliche Erkenntnisse, bedient antisemitische Verschwörungsmythen und geht aggressiv gegen Vertreter*innen ihrer missliebiger Meinungen vor. Damit grenzt sie sich selbst aus dem demokratischen Diskurs aus. Ein öffentlicher Dialog auf Augenhöhe mit Akteur*innen aus dem Querdenken-Spektrum stärkt vor allem die lauten und wahrnehmbaren extrem rechten Meinungsführer und schwächt die demokratische Debatte über die Angemessenheit staatlicher Maßnahmen. Hier gilt es, aus den Erfahrungen der Jahre nach 2015 zu lernen und deutliche rote Linien zu ziehen.

Angebote für demokratische Debatte machen: So wichtig eine Abgrenzung gegenüber Vertreter*innen der Protestbewegung ist, so notwendig ist ein Gesprächs- und Debattenangebot für alle, die sich im Rahmen demokratischer Gesprächsregeln und auf der Basis von Fakten kritisch mit den gegebenen Maßnahmen auseinandersetzen wollen. Solche Formate sollten sich nicht auf diejenigen konzentrieren, die am lautstärksten sind, sondern möglichst die Diversität der Gesellschaft und damit die unterschiedlichen Positionen zur aktuellen Situation und das vielfältige Engagement der Menschen im Umgang mit der Pandemieeindämmung abbilden. Eine demokratische Auseinandersetzung sollte besonders marginalisierte und kaum öffentlich in Erscheinung tretende Gruppen in den Blick nehmen (arme und finanziell Menschen, kinderreiche Familien, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften), die besonders unter Maßnahmen zur Pandemieeindämmung leiden.

Schnelle und deutliche Positionierung: Die Engagierten und Zuständigen vor Ort brauchen neben professioneller Unterstützung (s.o.) vor allem Orientierung. Die schnelle und direkte Reaktion verschiedener Schulministerien nach der Ankündigung von Protestaktionen vor Schulen Anfang November hat gezeigt, dass mit einer deutlichen Positionierung der offiziellen Stellen in Verbindung mit Verfahrensvorschlägen die Handlungssicherheit der Verantwortlichen vor Ort deutlich erhöht werden kann. Zudem wird so möglichen Aktionen das Überraschungsmoment genommen.

Transparente Kommunikation und Verantwortung der Zivilgesellschaft: Die Protestbewegung weist mit ihrem Angebot auf eine Lücke hin, die die demokratische Zivilgesellschaft bisher nicht füllen konnte. Es braucht auch in der aktuellen pandemischen Lage demokratische Räume für Debatte und Kritik an staatlichem Handeln und Grundrechtseinschränkungen. Zudem müssen Maßnahmen transparent kommuniziert und demokratisch legitimiert sein. Beispiele, wie #alarmstuferot (Demonstrationen der Verbände der Veranstaltungsindustrie) oder lokale Proteste für eine solidarische und demokratische Krisenbewältigung zeigen, dass eine kritische Thematisierung staatlicher Maßnahmen ohne antisemitische oder verschwörungsideologische Konnotation möglich ist.

Quellen

Die Auswertung und Formulierung von Empfehlungen beruht auf Beobachtungen und Analysen der MBTs in den Ländern und der Fachreferent*innen des BMB. In regelmäßigen bundesweiten, digitalen Austauschrunden seit dem Frühjahr und mit internen Hintergrundpapieren stellen die Teams und der BMB einen Wissenstransfer sicher. Darüber hinaus sind aus den Teams/Trägern oder mit deren Beteiligung eine Vielzahl an Veröffentlichungen entstanden, die Grundlage des vorliegenden Papers sind. Im Folgenden eine Auswahl:

Fachstelle Mobirex/LAGO BaWü (6/2020): „Querdenker“ und „Widerständler“ – Eine Einschätzung der aktuellen Proteste.

Kulturbüro Sachsen (6/2020): Warnung vor Rechtsextremen und Antisemitismus auf „Corona-Demos“.

Kulturbüro Sachsen (12/2020): Warnung vor Querdenken-Mobilisierung in Dresden.

MBR Arnsberg (5/2020): Zwischen Verschwörungsideologien und Einkaufshilfen – Ein Blick auf (regionale) Aktivitäten der extremen Rechten in Zeiten der Pandemie.

MBR Berlin (4/2020): Einschätzung der MBR zu den rechtsoffenen Versammlungen am Rosa-Luxemburg-Platz am 1./2. Mai 2020.

MBR Berlin (5/2020): Einschätzung der MBR zu den rechtsoffenen Versammlungen in Berlin am 30./31. Mai 2020.

MBR Berlin (6/2020): Einschätzung der MBR zu den rechtsextremen und rechtsoffenen Versammlungen in Berlin am 6. Juni 2020.

MBR Berlin (7/2020): Einschätzung der MBR zu der geplanten rechtsextremen Kundgebung vor dem Kanzleramt in Berlin am 4. Juli 2020

MBR Berlin (7/2020): Bundesweite Mobilisierung zu rechtsoffenen Veranstaltungen am ersten Augustwochenende in Berlin.

MBR Berlin (8/2020): Verschwörungsideologische Bündisdemonstration mit bundesweiter Mobilisierung und großer rechtsextremer Beteiligung am 29. August 2020

MBR Köln (5/2020): Verschwörungserzählungen on- und offline. Eine Kölner Momentaufnahme.

MBR Köln (6/2020): Corona-Proteste im Regierungsbezirk Köln. Eine Übersicht

MBR Köln (12/2020): Kaum Distanzierung zur extremen Rechten: Querdenken in Düsseldorf

MBT Hamburg (9/2020): Monitoring #12

MBT Hessen (7/2020): Hygienesemos, Verschwörungstheorien, Antisemitismus.

MBT Niedersachsen (10/2020): Verschwörungsideologien.

Miteinander e.V. (4/2020): Hybride Ideologien – Die Akteur*innen hinter den „Hygienesemos“ (Podcast).

Miteinander e.V. (11/2020): Radikalisierung des Protests

Miteinander e.V. (11/2020): Wider die „Corona-Diktatur“. Die Radikalisierung der Proteste gegen die Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung (Podcast).

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz (7/2020): Covid-19: Die Gefahr von Verschwörungserzählungen. Einordnung und Handlungsempfehlungen.

mobim Münster (6/2020): „Corona-Proteste“ und Verschwörungsmuthe im Regierungsbezirk Münster.

MOBIT (3/2020): Die extreme Rechte in Thüringen und Corona: Zwischen Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Nachbarschaftshilfe

MOBIT/IDZ (10/2020): Warnung vor rechtsextremer Vereinnahmung der Corona-Krise

RBT SH (6/2020): Informationen zu den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Schleswig-Holstein.

RBT SH (9/2020): Coronaproteste und Verschwörungsideologie. Hintergrundinformationen zu den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen

Regionalzentrum für Demokratische Kultur Westmecklenburg (RAA MV) (12/2020): „Das Virus kann man nicht sehen, den personifizierten Feind schon“ – Verschwörungsmuthe: Ursachen, Hintergründe, Argumente, Analysen (Podcast)

SLAG (9.11.2020): Stellungnahme zum 7.11.2020 in Leipzig

SZ (9.12.2020): Verfassungsschutz in Baden-Württemberg beobachtet "Querdenker"; Im Internet unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/querdenker-verfassungsschutz-baden-wuerttemberg-1.5142007>

Universität Basel (12/2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste; Im Internet unter: <https://soziologie.philhist.unibas.ch/de/professuren/prof-essur-oliver-nachtwey/forschungsbereich-politische-soziologie/>

Virchow, F./Häusler, A. (03/2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen